

Niederschrift

über die gemeinsame, öffentliche Sitzung
**des Ausschusses für Umwelt und Technik und
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 9. Mai 2019**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdic
- Stadträte/innen: Bachmann-Ade, Bannwarth, Bernnat, Cyperrek (ab 17.35 Uhr), Denzer, Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer, Krämer, Kurfeß, Lehmann, Lindemer, Lusche, Oehler, Roßkopf (ab 17.45 Uhr), Salach, Salinas de Huber, Simon, Schlecht, Schumacher, Sommer (ab 17.35 Uhr), Vogel (ab 18.25 Uhr), Wernthaler, Wiesiollek
- Entschuldigt: Berg, Claassen, Escher, Glattacker, Pichlhöfer, Rufer
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiter Frick
Komm. Fachbereichsleiter Lauble
Eigenbetriebsleiter Droll
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald
Stellv. Fachbereichsleiter Fessler
Stellv. Fachbereichsleiter Meier
Frau Williams, Leiterin des Vorstandsbüros
Frau Braun, FB GGM (bis 17.45 Uhr)
Herr Dieterle, FB Jugend/Schulen/Sport
Herr Lüers, EB Stadtwerke (ab 17.40 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträte Lindemer und Simon
- Schriftführung: Herr Flick
- Beginn: 17.30 Uhr
- Ende: 18.55 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit in beiden Ausschüssen gegeben ist. Er kündigt an, dass zum Ende der gemeinsamen Sitzung über den aktuellen Sachstand der Anschlussunterbringung Bächlinweg berichtet werde.

TOP 1

Hans-Thoma-Gymnasium - Brandschutzmaßnahmen und Zweiter Baulicher Rettungsweg mit elektrotechnischer Sanierung, Kostenerhöhung Vorlage: 079/2019

Der Vorsitzende führt in das Thema der Beschlussvorlage ein. Wie in vielen Kommunen gehe das Thema Sanierung von Bestandsgebäuden sowie Brandschutzsanierung derzeit mit Mehrkosten einher. Auch die konjunkturelle Entwicklung und die resultierende rasante Entwicklung des Baupreisindex spielten eine Rolle. Das alles rechtfertige freilich nicht die Kostenerhöhung, mache sie aber verständlich.

Fachbereichsleiterin Buchauer erläutert die Gründe, die im vorliegenden Fall zur Kostenerhöhung beigetragen hätten. Sie geht insbesondere auf Vergabemisserfolge, Massenerhöhungen, das Zutagetreten von Unvorhergesehenem im Bestand, die Bauzeitverlängerung und die notwendige Anpassung der Baunebenkosten ein. Auch wenn es sich absolut gesehen um Mehrkosten von rund 561.000 € handle, seien im Haushaltsjahr 2020 lediglich 61.000 € zusätzlich zu genehmigen, da 500.000 € bereits zum Haushaltjahr 2019 nachgemeldet worden seien.

Stadtrat Heuer kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion an, bemängelt aber den zu späten Zeitpunkt der Information.

Auch Stadtrat Bernnat kündigt die Zustimmung der Fraktion an. Es sei wichtig, für die Zukunft die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Er weist auch auf die belastenden Folgen hin, die die Bauzeitverlängerung für den Schulbetrieb mit sich bringe.

In ähnlichem Sinne äußern sich Stadträtin Kurfeß für die Fraktion der GRÜNEN sowie Stadtrat Denzer für die Freien Wähler. Stadtrat Denzer weist zudem auf überbordende kostenerhebliche Vorschriften im Baubereich hin.

Fachbereichsleiterin Buchauer teilt mit, dass die Höhe der Mehrkosten erst im Laufe des Frühjahrs 2019 vollumfänglich bekannt gewesen sei, nachdem nach drei Ausschreibungen endlich die Stahlbauarbeiten vergeben werden konnten. Auf Nachfrage von Stadtrat Bernnat und Stadtrat Lindemer erläutert sie, dass der ursprüngliche Auftragnehmer die Ausführung verweigert habe, was nun zu einer zeitlichen Verzögerung von rund einem Dreivierteljahr geführt habe; man werde sich mit der Firma rechtlich auseinandersetzen. Die Stahlbauarbeiten seien inzwischen mit Mehrkosten gegenüber der Kostenberechnung vergeben.

Die Ausschüsse stimmen mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Kostenerhöhung des Projekts „HTG- Brandschutzmaßnahmen und Zweiter Baulicher Rettungsweg mit elektrotechnischer Sanierung“ von 2.739.000,-€ um 561.000,-€ auf 3.300.000,-€ wird genehmigt.
2. Die zusätzlich erforderlichen Mittel von 61.000,- € werden im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt.

TOP 2

Rabattierte Viererkarte (1 Euro-Ticket)

Vorlage: 063/2019

Der Vorsitzende führt in die Diskussion ein und wirbt um Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Selbstverständlich sei eine rabattierte ViererCard ohne zeitliche Beschränkung der Fahrzeit die Wunschlösung; die Tarifhoheit liege aber beim Regio Verkehrsverbund Lörrach (RVL). Was jetzt ausgehandelt worden sei, sei ein „sehr ansehlicher Spatz in der Hand“. Es gehe darum, auf diesem sicher noch längeren gemeinsamen Weg einen Fuß in die Tür zu bekommen. Es handle sich um eine historische Chance; es gebe Interesse an dem Projekt auch aus anderen Teilen Baden-Württembergs. Auch sei auf Kreisebene eine Diskussion zum Tarifgefüge im ÖPNV insgesamt angestoßen worden. Was die finanzielle Seite betreffe, handle es sich selbstverständlich um Prognosen, die zwangsläufig auf bestimmten Annahmen basierten.

Eigenbetriebsleiter Droll erläutert anhand einer Präsentation die Vorgeschichte, die Grundlagen der vorliegenden Kalkulation sowie die Einzelheiten der ausgehandelten Lösung (Anlage 1). Insbesondere entspreche die zeitliche Beschränkung an Werktagen auf die Zeit ab 9 Uhr vormittags einer auch in anderen Verkehrsverbänden gängigen Praxis. Die Schwankungsbreite der den städtischen Gremien vorgelegten Zahlen zum Zuschussbedarf beruhten auf den unterschiedlichen Annahmen, die RVL und der Eigenbetrieb Stadtwerke zunächst getroffen hätten. Eigenbetriebsleiter Droll betont die Verhandlungserfolge gegenüber dem RVL: Zum einen sei erreicht worden, dass die Verkaufserlöse von Neukunden auf den Zuschussbedarf angerechnet würden; zum anderen würden eventuelle Abwanderungen bei Monats- und Zeitkarten nicht in die Abrechnung einbezogen. Im Falle einer günstigen Entwicklung sei es sogar möglich, dass bei der tatsächlichen Abrechnung der Abmangelausgleich vollständig entfalle.

Auf Nachfrage von Stadträtin Cyperrek erläutert Eigenbetriebsleiter Droll die Herkunft der der Kalkulation zugrunde liegenden Betriebsdaten. Die von PTV 2014 durchgeführte Datenerhebung beinhalte nicht nur eine Zählung, sondern auch eine Befragung der Fahrgäste, so dass Start- und Zielpunkt der Fahrten jeweils bekannt sei. Diese aufwändige Art der Untersuchung werde nur alle paar Jahre durchgeführt.

Auf Nachfrage von Stadträtin Bachmann-Ade bestätigt Eigenbetriebsleiter Droll, dass Vergünstigungen für Senioren nicht Gegenstand der Verhandlungen mit dem RVL gewe-

sen seien. Insbesondere für die Kapazitätsproblematik in den Spitzenzeiten sei das Alter der Fahrgäste auch nicht entscheidend.

Stadträtin Höfler bekräftigt den Willen der CDU-Fraktion zur Einführung eines City-Tarifs, und zwar ohne zeitliche Beschränkung. Die Erwartungshaltung in der Bürgerschaft sei groß, wie aus vielen Gesprächen mit Bürgern bekannt sei. Sie bedauert, dass für eine Rund-um-die-Uhr-Lösung keine Zahlen vorlägen. Möglicherweise würde sie gegenüber dem jetzt vorgeschlagenen Modell nicht einmal teurer. Ein Probelauf von nur einem Jahr werde im Übrigen als ausreichend angesehen. Die Fraktionsmitglieder würden sich heute enthalten und die Diskussion in der Fraktionssitzung abwarten.

Stadtrat Schlecht geht auf die Vorgeschichte und auf die grundsätzliche verkehrspolitische Zielsetzung der SPD-Fraktion ein. Die jahrelange, hartnäckige politische Arbeit habe sich gelohnt. Er bedankt sich für das Mitgehen der anderen Fraktionen, von Vorstand und Verwaltung. Die vom RVL vorgelegte Kalkulation sei mit großen Unsicherheiten behaftet und insbesondere die zeitliche Beschränkung werktags sei nicht nachvollziehbar. Gleichwohl sei es wichtig, das Projekt jetzt nicht allein aus diesem Grund scheitern zu lassen. Es handle sich um ein Modellprojekt auch für andere Kommunen. Weitere Themen, wie die Zoneneinteilung im bestehenden Tarifgefüge und auch die Organisationsform des RVL, seien auf Kreisebene weiter zu diskutieren. Der RVL erhalte für seine Leistungen nicht zuletzt öffentliche Gelder. Stadtrat Schlecht begrüßt die vom Eigenbetrieb Stadtwerke erzielten Verhandlungserfolge und wirbt dafür, ein politisches Signal zu senden – an die Bürger, aber auch in die Region hinein.

Stadträtin Kurfeß teilt die Einschätzung ihres Vorredners im Blick auf den RVL. Dort würde über Fragen der Mobilität entschieden, die eigentlich Sache der Politik seien. Sie bezweifelt, dass der Zuschussbedarf tatsächlich so hoch ausfallen werde, wie vom RVL angenommen, und verweist darauf, dass anschließend spitz abgerechnet werde. Sie betont die Bedeutung des Vorhabens im Hinblick auf den Klimaschutz. Auch wenn eine sehr frühzeitige Abstimmung mit dem RVL versäumt worden sei, so sei es doch wichtig, den Probelauf jetzt anzugehen und anschließend an die Evaluation zu gehen.

Stadtrat Lindemer vermisst beim RVL eine Begeisterung für das eigene Produkt. Er verweist auf die anstehende Fraktionssitzung.

Stadtrat Oehler wirbt darum, das Thema mutig anzugehen.

Stadtrat Lusche bemängelt die starke Schwankungsbreite der von der Verwaltung vorgelegten Zahlen. Niemand lehne das Ziel der Maßnahme ab, es sei aber wichtig, kein Fass ohne Boden aufzumachen. Immerhin handle es sich nicht um einmalige, sondern um strukturelle Ausgaben. Das habe Konsequenzen auch für andere städtische Vorhaben. Auch habe der Vorsitzende kürzlich auf Facebook noch eine Zahl von 600.000 € genannt. Stadtrat Lusche mahnt zur Sachlichkeit und verbittet sich ein „RVL-Bashing“. Die Kapazitätsproblematik sei schließlich auch in anderen Verbänden eine echte Frage. Er mahnt Vorsicht in der Kommunikation mit der Bürgerschaft an; es sei angebracht, den Probelauf als solchen ernst zu nehmen.

Stadträtin Wiesiollek hält die Beschränkung auf nach 9 Uhr werktags nicht für die entscheidende Einschränkung; das würde wohl von vielen Leuten akzeptiert. Dagegen sei der Vertrieb des neuen Angebots ausschließlich über bestimmte Verkaufsstellen ein schwerwiegenderes Manko. Sie weist auch darauf hin, dass durch die rabattierte Fahrkarte allein ein Umsteigen auf den ÖPNV in wesentlichem Umfang wohl kaum stattfinden werde. Zusätzlich sei die Einführung höherer Parkgebühren erforderlich.

Der Vorsitzende betont ausdrücklich, dass die Stadt kein „RVL-Bashing“ betreibe. Die Verhandlungen seien mäandrierender Natur gewesen, z.T. mit unterschiedlichen Zahlen, und das Kapazitätsproblem in den Stoßzeiten sei erst gegen Ende hin zur Sprache gekommen. Er bezeichnet die zur Abstimmung stehende Lösung als „runde Gesamtkonzeption“, die auch im Hinblick auf die bald wegfallenden Parkplätze auf dem Areal Weberei Conrad unbedingt ab August umgesetzt werden sollte. Im Hinblick auf die noch ausstehenden Fraktionsitzungen verzichtet er auf die Einholung eines Meinungsbildes.

TOP 3

Bekanntgabe – AU Bächlinweg

Der Vorsitzende führt ins Thema ein.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt den aktuellen Stand des Vorhabens dar (Anlage 2). Auf dem Areal würden vier Modulbauten aufgestellt, wie sie auch in der Anschlussunterbringung Hornbergstraße zum Einsatz gekommen seien. Dadurch werde Wohnraum für 50 bis 56 Bewohner geschaffen. Da auf den im Dezember eingereichten Bauantrag hin Nachbareinwendungen eingegangen seien, habe das Genehmigungsverfahren ans Regierungspräsidium abgegeben werden müssen. Inzwischen seien die Baugenehmigung und der Baufreigabebeschein erteilt worden. Die ergangenen Auflagen würden voraussichtlich zu Mehrkosten von rund 100.000 Euro führen. Gefordert worden seien u.a. die Einrichtung eines Kinderspielfeldes und weitere Maßnahmen zum Schallschutz. Eine Bürgerinformation habe stattgefunden. Die Stadt erhalte vom Landkreis zudem Fördermittel in Höhe von 5.000€ für die Einrichtung einer Begegnungsstätte.

Der Vorsitzende schließt die gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse und bittet die Mitglieder des Hauptausschusses, sich für die anschließende Sitzung in Saal 2 zu begeben.

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: